

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Neues Informatik-Leitbild für die Landesverwaltung

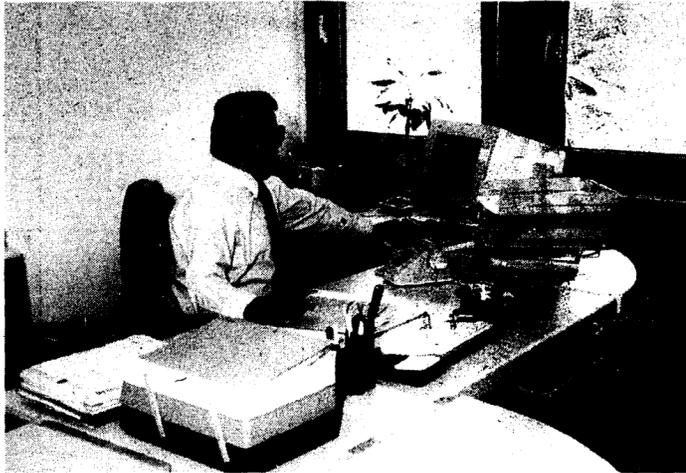
Verbesserung des Dienstleistungsangebotes nach innen und nach aussen – Integration der Gemeinden in das Zentralsystem wäre möglich

Das Informatik-Zeitalter hat auch in der Landesverwaltung Einzug gehalten. Derzeit sind rund 70 Bildschirmarbeitsplätze vorhanden, der Ausbau schreitet weiter voran. An einer Pressekonferenz stellte gestern vormittag Regierungschef Hans Brunhart das neue Informatik-Leitbild für die Landesverwaltung vor. Die Zielsetzungen dieses Leitbildes sollen in den nächsten drei bis vier Jahren verwirklicht werden.

Die Anfänge der EDV-Entwicklung in der Landesverwaltung gehen in die siebziger Jahre zurück, als die Regierung einen Grundsatzentscheid über die Einführung der EDV und den etappenweisen Ausbau fällte. Seit 1977 sind verschiedene Anlagen in Betrieb, wobei zuerst der Betrieb bei den Projekten «Gesellschaftssteuern» und «AHV-Beitragsverwaltung» aufgenommen wurde. Die aufgebauten Systeme haben sich nach Angaben von Regierungschef Hans Brunhart bewährt, da sie sich auf dem neuesten Stand der Technik befänden und sich durch eine sehr geringe Ausfallquote auszeichneten.

Zielsetzungen des Leitbildes

Mit dem neuen Informatik-Leitbild werden längerfristig verschiedene Zielsetzungen verfolgt. Darunter die Verbesserung des Dienstleistungsangebotes gegen aussen und auch innerhalb der Lan-



Einer der modern eingerichteten EDV-Arbeitsplätze bei der Steuerverwaltung für den Bereich «Gesellschaftssteuern». Über den Bildschirm kann Johann Senti die notwendigen Informationen vom Zentralsystem abrufen. (Bild: Erich Marxer)

desverwaltung, die Erleichterung und Automatisierung von Verwaltungstätigkeiten zugunsten des Bürgers sowie der Ämter und Dienststellen. Im weiteren sollen gemäss diesem Leitbild alle Verwaltungsstellen in den weiteren Ausbau der Informatik einbezogen werden, wo-

bei die Verbesserung der internen Kommunikation ein wesentlicher Aspekt darstellt. Die Integration der Gemeinden in dieses System wäre grundsätzlich möglich, obwohl die Gemeinden über teilweise andere Systeme verfügen. Als Teilziele nennt das Leitbild die In-

tegration von EDV und Telefonie in ein gesamtes Kommunikationskonzept, wobei hier auch noch bauliche Voraussetzungen erfüllt und die Standortfrage abgeklärt werden müssen. Als weiteres Teilziel führt das Leitbild den Aufbau einer zentralen Dienstleistungsstelle als Service-Abteilung für EDV, Kommunikation, Bildverarbeitung und Druckerei an. Schliesslich sollen die einzelnen Verwaltungsgebäude zu einem Kommunikationsnetz verbunden und eine zentrale Verwaltungsdatenbank geschaffen werden.

Schaffung einer Datenbank

Alle Daten, die für mehrere Ämter von Bedeutung sind, sollen nach den Vorstellungen des Leitbildes in einer «Verwaltungsdatenbank» gespeichert werden. Neben reinen Daten (beispielsweise Angaben über Personen oder Gebäude) werden nach diesem Konzept auch allgemeine Informationen und Texte abgerufen werden können. Aus Gründen des Datenschutzes soll ein Teil der Daten nur durch das zuständige Amt abgerufen werden können und ist somit vor dem Zugriff durch andere Benutzer geschützt. (G.M.)

Siehe auch den Beitrag über die Schwerpunkte der neuen Informatik-Leitlinien im Innern der heutigen Ausgabe.

KOMMENTAR

Die Ansprache des Alterspräsidenten bei der Landtagseröffnung findet natürlicherweise in der Regel nicht die gleiche Resonanz wie die Thronrede des Staatsoberhauptes. Mit klaren Worten, wie das Alterspräsident Alfons Schädler (VU) am Dienstag getan hat, kann sich ein solcher ad hoc-Vorsitzender aber dennoch etwas Gehör verschaffen. Und Alfons Schädler ergriff die Chance, seine Ansprache liest sich wie eine Abkanzelung einer untätigen Regierung, weshalb er wohl am Schluss seiner Ausführungen «alle Verantwortlichen dieses Landes» aufrief, sich «ernsthaft Gedanken über den zukünftigen Weg unseres Landes zu machen». Seine Überzeugung, dass der Wahlslogan seiner Partei «Uns geht es gut, so soll es bleiben!» richtig war, scheint arg ins Wanken geraten zu sein.

Für ihn, der immerhin im Namen des Landtags sprach, steht die «schon längst fällige Revision unseres Steuergesetzes mit der beabsichtigten Einführung der allgemeinen Einkommenssteuer im Vordergrund». Die Ermahnung an die Regie-

Längst fällig

rung, die das Steuerpaket nun schon seit zehn Jahren vor sich herschiebt, hätte kaum deutlicher ausfallen können. Mit dem Zusatz «längst fällig» brachte er zum Ausdruck, dass der Geduldssaden auch in der Union bereits hart angespannt ist.

Dann sprach er davon, auf dem Energiesektor «Akzente zu setzen» und artikulierte seine Erwartung, dass «in den kommenden Monaten verschiedene der vorgeschlagenen Massnahmen auf dem Energiesektor realisiert» werden. Sehr kritisch äusserte er sich über die Entwicklung der Bodenpreise, den immer knapper werdenden Boden für Bauland, die «fortschreitende Überfremdung unserer Arbeitsplätze» und die «uneingeschränkte Wachstumspolitik» in verschiedenen Bereichen.

Wenn die Entwicklung auf diese Weise weitergehe, so betonte der Alterspräsident, dann sehe er den sozialen Frieden in unserem Land längerfristig gefährdet, könnte diese Entwicklung «eines Tages zu einem bösen Erwachen» führen.

Solche Versäumnislisten sind bisher nur von oppositioneller Seite präsentiert worden. Offenbar wird der Kreis derjenigen, die eine Politik der Taten der Politik der Worte vorziehen würden, zusehends grösser. (G.M.)

Proteste gegen Edgar Bronfman

Wien/Brüssel (spk/dpa) Äusserungen des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses (WJC), Edgar Bronfman, gegen den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim haben in Wien scharfe Proteste ausgelöst. Bronfman hatte am Dienstag im Blick auf die Annäherungsbemühungen des Landes an die EG in Brüssel gesagt, Österreich soll «in keinen Klub zivilisierter Nationen» aufgenommen werden, solange es nicht seiner Vergangenheit ins Auge blicke.



Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen
USM HALLER
THONY
office
9494 Schaan - Bahnhofstrasse 16

Bindemittel für Aidsvirus?

Bern (spk) Im Kampf gegen Aids scheinen die Forscher einen Schritt weiter gekommen zu sein. Mehrere Teams in Amerika und Grossbritannien haben einen Stoff hergestellt, der den Aidsvirus bindet, bevor er bestimmte Körperabwehrzellen angreift. Das schrieb die Pharma-Information am Mittwoch.

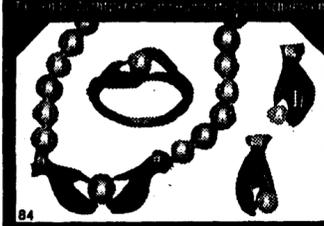
Die Forscherteams haben laut Pharma-Information festgestellt, dass sich das Aidsvirus bei seinem Angriff auf bestimmte Zellen der Körperabwehr immer am gleichen Ort an die Zelle heftet, Antigen oder Rezeptoren genannt. Die Forscher seien nun auf die Idee gekommen, solche Rezeptoren künstlich herzustellen und in die Blutbahn zu bringen. Dort könnten sie sich dann an die Aidsviren binden, bevor sie sich an die richtigen Rezeptoren heften konnten.

Die Herstellung solcher Rezeptoren gelang amerikanischen Wissenschaftlern.

Nebenbei

Nun wissen wir endlich, warum die Regierung, obwohl S.D. Erbprinz Hans Adam sich schon seit Jahren für einen UNO-Beitritt einsetzt, bisher in Sachen UNO nichts getan hat. Das «Vaterland» machte es gestern klar: «Die Regierung als Exekutive oder ausführende Organ in unserem Staatsgefüge hat vom Landtag als Legislative oder Gesetzgeber bisher noch keinen Auftrag erhalten, sich mit einem UNO-Beitritt auseinanderzusetzen.» Für die sonst so aktive Regierung ein furchtbarer Zustand, derart zur Inaktivität verurteilt zu werden. Wenn man bedenkt, was die Regierung alles tun würde, wenn sie nur könnte!

Die ideale Verbindung: Brillanten und Perlen



DIAMANT-HAUS

Der Geist von Helsinki weht in Wien weiter

Derzeit tagt in der österreichischen Hauptstadt die dritte KSZE-Nachfolgekonferenz

Seit über zehn Jahren konferieren in regelmässigen Abständen die Staats- und Regierungschefs, die Aussenminister der Fachbeamten im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Derzeit findet in Wien die dritte KSZE-Nachfolgekonferenz statt, an der auch Liechtenstein vertreten ist. Nachdem die ersten beiden KSZE-Nachfolgekonferenzen in Belgrad und Madrid weitgehend ergebnislos verlaufen sind, werden auf die Konferenz in Wien leise Hoffnungen auf einen Fortschritt gelegt.

Wien ist nach Belgrad und Madrid die dritte Station des KSZE-Prozesses, der allerdings neben den Nachfolgekonferenzen weitere Konferenzen über Teilbereiche umfasst. 1975 hatten in Helsinki alle europäischen Staaten (ausser Albanien) sowie die USA und Kanada die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) unterzeichnet. Diese Helsinki-Schlussakte, die seither wegleitend für den KSZE-Prozess ist, enthält vier sogenannte Körbe, die sich mit Fragen der Sicherheit, der wirtschaft-

lichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, mit humanitären und kulturellen Fragen sowie mit der Fortsetzung des in Helsinki in Gang gekommenen Prozesses befassen.

Während in der Schlussakte von Helsinki relativ weitgehende Übereinstimmung in einigen wichtigen Fragen erzielt wurde, erwies sich der nachfolgende Weg aufgrund der unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Ost und West als recht zäh und mühsam. Rückschläge nach der Euphorie von Helsinki blieben nicht aus, die Fortsetzung des KSZE-Prozesses war mehrfach gefährdet.

Für unser Land stellte die KSZE eine wichtige Station im Rahmen der stärkeren Bestrebungen zu einer aktiveren und eigenständigeren Aussenpolitik dar. Die KSZE ging und geht vom Grundsatz der Gleichberechtigung der Staaten aus, wobei die kleinen europäischen Staaten genauso viel Gewicht wie die grossen Länder Europas oder die USA haben. Im weiteren brachte die Teilnahme an der

KSZE unserem Land die internationale Anerkennung als eigenständiger Staat, was vor der Aufnahme in den Europarat von besonderer Bedeutung war.

Auch in Wien, an der dritten KSZE-Nachfolgekonferenz, ist unser Land wieder mit dabei. Nach einer Vorbereitungs-konferenz im letzten Herbst auf Expertenebene erfolgte am 4. November 1987 die Eröffnung durch den österreichischen Bundeskanzler Vranitzky, der den «dynamischen Prozess» der KSZE betonte und gedämpften Optimismus in bezug auf die KSZE-Nachfolgekonferenz verbreitete: Wenn es auch nicht gelungen sei, den Rüstungswettlauf zu stoppen und die Grundfreiheiten und Menschenrechte des einzelnen in seinem jeweiligen Staate voll und ganz durchzusetzen, so seien die Vereinbarungen von Helsinki doch ein Zeichen der Zuversicht und der Hoffnung für ein friedliches Europa.

Siehe auch das Interview mit dem Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, Roland Marxer, im Innern der heutigen Ausgabe.

Bush auf dem Weg zur US-Präsidentschaftskandidatur

Vizepräsident gewann Vorwahlen in allen 16 Staaten – Dreikampf zwischen Dukakis, Jackson und Gore

Washington (AP) US-Vizepräsident George Bush hat am Dienstag mit einem Erdrutschsieg bei den Vorwahlen der Republikanischen Partei seinen Anspruch auf die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner unterstrichen.

Bush gewann in allen 16 Staaten, in denen seine Partei Vorwahlen für die Präsidentschaftswahl im November angesetzt hatte, und liess damit seinen Hauptkonkurrenten, den Senator Robert Dole, deutlich hinter sich. Bei den oppositionellen Demokraten, die in 20 Staaten Vorwahlen oder Wahlversammlungen abhielten, ist dagegen auch nach dem «Superdienstag» kein klarer Favorit für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten erkennbar.

Die Vorwahlsiege bei den Demokraten teilten sich am Dienstag der Gouverneur von Massachusetts, Michael Dukakis, der schwarze Prediger und Bürgerrechtler Jesse Jackson und der Senator Albert Gore aus Tennessee, der sich überraschend nach vorn schieben konnte. Du-

kakis gewann in sechs Staaten, darunter in seinem Heimatstaat sowie in Florida und Texas, die die meisten Delegierten für den Nominierungsparteitag im Juli stellen. Jackson und Gore entschieden das Rennen in jeweils fünf Staaten für sich.

Dabei konnte Jackson besonders in den Südstaaten auf die schwarzen Wähler zählen. Einer Wahlnachfrage zufolge stimmten dort mehr als 90 Prozent der schwarzen Wähler für den einstigen engen Mitspieler des 1968 ermordeten Bürgerrechtlers Martin Luther King. Daneben erhielt Jackson auch die Stimmen von etwa zehn Prozent weisser Wähler. Jackson gewann in Alabama, Georgia, Louisiana, Mississippi und Virginia.

Bush konnte seinen Haupttrivalen Dole und andere republikanische Bewerber in mehreren Staaten im Verhältnis 2:1 oder 3:1 überrunden. Er gewann allein 578 der 712 Delegiertenstimmen, die am Dienstag bei den Republikanern zu vergeben waren, und führt nun das Feld der Bewer-

ber um die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei mit 705 Delegiertenstimmen an. Das sind bereits fast zwei Drittel der 1139 Stimmen, die für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten auf dem Parteitag im August in New Orleans nötig sind.

Auf Platz zwei liegt Dole mit insgesamt 163 Stimmen. Der Fraktionsführer der Republikaner im Senat gewann am Dienstag 98 Stimmen hinzu. Die weiteren Plätze belegen der Abgeordnete Jack Kemp mit insgesamt 39 und der ehemalige Fernsehprediger Pat Robertson mit 17 Stimmen.

Bei den Demokraten führt Dukakis mit 443,5 Delegiertenstimmen das Feld der Präsidentschaftsbewerber an. Er gewann am Superdienstag 374 Delegiertenstimmen. An zweiter Stelle liegt nun Jackson, der sein Konto um 358 auf 385,55 Stimmen ausbauen konnte. Senator Gore schob sich nach seinem Überraschungserfolg mit 346,8 Stimmen auf den dritten Platz; er gewann 325 hinzu.